

Resolution SPÖ Frauen Oberösterreich

Vor hundert Jahren und auch heute: Wir wollen Brot und Rosen: Für ein solidarisches und geschlechtergerechtes Europa!

"Ich bin schon dafür, dass wir Binnenmärkte, Freihandelszonen und Wirtschaftsräume diskutieren und mitbestimmen, aber ich bin auch dafür zu fragen: Wem bringt es Was? Wer zahlt dafür? Wie werden die Menschen in einem zukünftigen Europa leben können, wie werden sie arbeiten, wie werden sie sich organisieren können und welche Lebensqualität werden sie haben?"

Johanna Dohnal, 1991

Drohender Austritt aus der Währungsunion, Rezession, dramatischer Anstieg der Arbeitslosigkeit, vor allem der Jugendarbeitslosigkeit, steigende Selbstmordraten, Massenstreiks, andauernde Proteste, Lohnkürzungen, Rentenkürzungen, Streichung von Sozialleistungen, Sparprogramme der öffentlichen Haushalte, Bankenpleiten, explodierende Zinssätze: Europa befindet sich in einer Krise, die die Menschen tief verunsichert und äußerst besorgt in die Zukunft blicken lässt. Griechenland, das Land, das uns als die „Wiege der Demokratie“ galt, steht an der Schwelle eines wirtschaftlichen und sozialen Desasters. Die aufgezwungenen Sparpakete treiben es immer tiefer in die Krise.

Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die bei den EU-Gipfeln der letzten Jahre vereinbart wurden ('Six Pack', 'Fiskalpakt', 'Two Pack') zielen im wesentlichen auf Defizitbegrenzungs- und Kürzungsmechanismen für öffentliche Haushalte ab und zwingen die Staaten im Konjunkturabschwung zum Sparen. Aber genau das verschlimmert die Krise und verschlechtert die Kassenlage der Staaten noch erheblich. Der Teufelskreis aus Sparen, Wirtschaftseinbruch, weiter steigenden öffentlichen Schulden und Zinssätzen dreht sich weiter. Der Fiskalpakt treibt diese Abwärtsspirale weiter und höhlt durch die Entmachtung der nationalen Parlamente obendrein die demokratische Gesellschaftsordnung Europas aus.

Die gegenwärtige europäische Wirtschafts- und Krisenpolitik ist 'Geschlechterpolitik mit versteckten Karten' (Elisabeth Klatzer und Christa Schlager¹). Sie schraubt die Eigenständigkeit und Teilhabemöglichkeiten von Frauen zurück, weil sie den umverteilenden Wohlfahrtsstaat zurückdrängt zugunsten von Lohndruck und Privatisierung sozialer Leistungen.

Die Europäische Union, die als Friedens- und Fortschrittsprojekt gefeiert wurde, tendiert dazu, das Instrument und Symbol für den Abbau von Wohlstand und Demokratie zu werden. Wir müssen als Sozialdemokratinnen das Auseinanderbrechen Europas verhindern und uns im Bündnis mit anderen stark machen für eine solidarische, geschlechtergerechte und damit wirtschaftlich vernünftige Krisenpolitik. Ein gutes Leben und gerechte Einkommen für alle Frauen und Männer in Europa sind möglich.

Es begann mit einem Rettungspaket für Banken

Die öffentlichen Haushalte haben sich bei Ausbruch der Finanzkrise 2008/2009 zur Rettung der Banken enorm verschuldet und mit öffentlich finanzierten Konjunkturpaketen Europa vor Massenarbeitslosigkeit und Massenarmut bewahrt. Damals wurde dieser wirtschaftspolitische Kraftakt der öffentlichen Haushalte der

Industriestaaten als unverzichtbar angesehen, der Krise Herr zu werden. Inzwischen allerdings wird die dadurch zusätzlich aufgebaute Verschuldung der Staaten als Begründung benutzt, die europäischen öffentlichen Wohlfahrtssysteme abzubauen.

Die Finanzkrise und die ihr folgende Euro-Krise werden in eine Staatsschuldenkrise umgedeutet, und statt der Finanzmärkte müssen nun die öffentlichen Haushalte einer strengen Kontrolle unterzogen werden. Die strikte Senkung der Staatsschulden gilt als „alternativenlos“ und ein europaweiter radikaler Sparkurs als Lösung. Der im Juni beschlossene Wachstumspakt der EU ist im Verhältnis zu den bereits vorgenommenen und den noch geplanten Sparvolumina viel zu gering, um die Folgen der Kürzungsprogramme auch nur ansatzweise auszugleichen, und er löst nicht die Ungleichgewichte der Handelsbilanzen.

Die seit Beginn der Finanzkrise dramatisch auseinanderlaufenden Zinsen für Staatsanleihen sind das Symptom einer Situation, die sich schon seit Jahren abzeichnet: die Krise der Währungsunion, deren Kern darin liegt, dass das gemeinsam vereinbarte Inflationsziel von zwei Prozent seit Beginn der Währungsunion nur im Durchschnitt aller EWU-Mitglieder, aber nicht von jedem Staat allein eingehalten wurde. Das hat über zehn Jahre zu einem Auseinanderlaufen der Preise in der Union geführt. Die Folge ist, dass das Land, das dauernd niedrigere Preissteigerungsraten hat, weil es seinen ArbeiterInnen niedrigere Löhne aufzwingt, als es dem Verteilungsspielraum von Produktivitätszuwachs und Inflationsziel entspricht, massiv an Wettbewerbsfähigkeit und Marktanteilen gewinnt auf Kosten von Entwicklungsmöglichkeiten und Marktanteilen anderer Länder (die sog. *Beggar-thy-neighbour*- Außenhandelsstrategieⁱⁱ).

Den Preis, den NiedrigverdienerInnen und damit insbesondere Frauen dafür zahlen müssen, ist enorm: In Deutschland sind die Reallöhne in den unteren Einkommensschichten in den letzten zehn Jahren um bis zu 25% gesunken. Auch in Österreich sinken seit Mitte der neunziger Jahre die Reallöhne der unteren Einkommensgruppen, während die höheren Verdienste steigen und die Gewinne explodieren. Parallel dazu stieg in Österreich die Teilzeitbeschäftigung auf Kosten der Vollzeitbeschäftigung bei Frauen. Leiharbeit nimmt auch bei Frauen ebenso rasant zu wie prekäre Beschäftigung. All das hat zur Folge, dass immer weniger (Frauen) von ihrer Arbeit leben können.ⁱⁱⁱ

Der Konstruktionsfehler der Währungsunion

Ursache der Eurokrise ist also weder der Schuldenstand der öffentlichen Haushalte noch ‚fehlender Sparwillen‘, sondern die makroökonomischen Ungleichgewichte im Außenhandel auf Basis ‚erschlichener Wettbewerbsvorteile‘ einiger Länder durch Lohndumping (beschönigend „Flexibilisierung der Arbeitsmärkte“ genannt) und daraus folgendem massiven Unterlaufen des Inflationsziels, ganz besonders von Deutschland.^{iv} Dennoch wird Deutschland als Vorbild in Sachen ‚Exportweltmeister‘ und ‚Erschaffer von Arbeitsplätzen‘ gefeiert und seine ‚Lohnzurückhaltungspolitik‘ (Umstieg auf Leiharbeit, Zeitarbeit, Hartz IV-Gesetze, Tariföffnungsklauseln etc.) als Medizin für Südeuropa angepriesen. Dass Deutschland genau mit diesen Rezepten wesentlich zur Eurokrise beigetragen hat – und das mehr als die Länder, die jetzt als ‚reformunwillig‘ verurteilt und zu drakonischen Sparprogrammen verpflichtet werden – wird nicht thematisiert.

Dabei müsste klar sein: Die Krise geht nicht vorbei, wenn sich die Situation für wettbewerbsbenachteiligte Länder nicht ändern kann und sie nicht in die Lage versetzt werden, Schulden zu begleichen. Die Krise geht nicht vorbei, wenn nicht an den Stellschrauben der makroökonomischen Ungleichgewichte gedreht wird.

Kürzungspolitik auf Kosten (des Ausbaus) von Frauenrechten

Anstatt aber die Fehler der Krisenpolitik und Währungsunion zu beseitigen, fixiert man auf die Staatsschulden und lässt sich aus panischer Angst vor den Kapitalmärkten in eine sture Sparpolitik treiben, die den Staat und seinen Einfluss immer mehr zurückdrängt und ihn in seinen umverteilenden Handlungsfeldern beschneidet. Die Aushöhlung des Wohlfahrtsstaates zugunsten einer Wettbewerbsdoktrin hat erhebliche geschlechterspezifische Auswirkungen: sie verschärft die ohnehin ökonomisch schwächere Position der Frauen.

Die Sozialdemokratie ist gefordert

Vor dem Hintergrund drohender Entwicklungen wie Sozialabbau, Privatisierung sozialer Leistungen, Massenarbeitslosigkeit, Ausgrenzung und Entdemokratisierung in Europa steht die Sozialdemokratie und ihre Werte am Prüfstein der Geschichte. Ein Blick zurück zeigt, dass die breite Zustimmung zur Demokratie in dem Ausmaß wuchs, wie Wohlfahrtsstaat und soziale Sicherungssysteme durchgesetzt werden konnten. Wird der Sozialstaat torpediert, ist auch die Demokratie in Gefahr. Dabei ist eines unverrückbar: Es gibt keine Demokratie ohne Geschlechtergerechtigkeit. Darin liegen die Chance und die Herausforderung für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

Ja zu einem geschlechterdemokratischen Europa heißt Kurswechsel in der Krisenpolitik!

Wir müssen als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Alternative zu dieser gefährlichen Sparzwang- und Sachzwangspolitik sein. Wir müssen glaubwürdig dagegen auftreten und klarmachen: Unser Sozialsystem ist finanzierbar, unregulierte Finanzmärkte und wachsende soziale Ungleichheit sind es nicht!

Wir treten ein und werben für solidarische und geschlechtergerechte Krisenpolitik in Europa. Das verlangt einen fundamentalen Kurswechsel und die Beendigung einer wirtschaftspolitischen ‚Disziplinierungsunion‘ in Form von Fiskalpakt, statt dessen fordern wir Sozialdemokratinnen

- ein Ende von Lohndumping und eine europaweit koordinierte Lohnpolitik zum Abbau der Wettbewerbsdivergenz und der Handelsungleichgewichte unterstützt durch einen sozialpartnerschaftlichen makroökonomischen Dialogs
- die Beendigung der kontraproduktiven öffentlichen Sparpolitik (Krisenländer dürfen nicht länger zum Kaputtsparen gezwungen werden). Die Konsolidierung der dortigen öffentlichen Haushalte kann erst nach Ende der Rezession in Angriff genommen werden.
- Einrichtung von Eurobonds und kurzfristig Schutz der Schuldnerstaaten vor dem Schulden- Zinssatz-Teufelskreis durch die EZB (Sekundärmarktkäufe von Staatsanleihen)

- Europaweite zukunftsorientierte Wachstumsoffensive:
 - Die Gläubigerländer setzen expansive Impulse und verstärken öffentliche Investitionen im Bereich Bildung, Infrastruktur, erneuerbare Energien und Ausbau des Sozialsystems. Finanziert wird dies über die Besteuerung der großen Vermögen.
 - In den Schuldnerländern finanziert die Europäische Investitionsbank Investitionen.

- Finanzmarktregulierung und Einführung einer Finanztransaktionssteuer zur Wiederherstellung der dienenden Funktion der Finanzwirtschaft gegenüber der Realwirtschaft (z.B. durch Einführung einer Mindesthaltedauer für Finanzinvestitionen von z.B. einem Vierteljahr und Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken), Schließung von Steueroasen

- Beendigung des "Wettbewerbs der Nationen" innerhalb der EWU durch Harmonisierung der Steuergesetzgebung (Steuern auf Unternehmensgewinne, Vermögenssteuern, ...)

Das Einigungsprojekt Europa hat in der Krise Risse bekommen. Wenn wir die Spaltung verhindern und für eine Vertiefung der Union eine Mehrheit in der Bevölkerung erreichen wollen, brauchen wir einen Kurswechsel. Ein neuer Aufbruch für Europa, der die Krise zurückdrängt, weil er sich an dem orientiert, was sozial wünschenswert und wirtschaftlich vernünftig ist, hätte die Chance auf eine viel breitere Zustimmung.

Es geht um die Wiedergewinnung einer Kultur des streitbaren Dialogs als gemeinsame Verantwortung und Aufforderung für ein geschlechterdemokratisches Europa. Wir Frauen sind so weit. Vor hundert Jahren und heute: Wir wollen Brot und Rosen und wollen gemeinsam Wohlstand, Demokratie und Frieden in Europa sichern.

ⁱ Vgl.: Genderdimensionen der neuen EU-Economic Governance, in: Zukunft, 3/2012

ⁱⁱ Beggar-Thy-Neighbor – ‚den Nachbarn zum Bettler machen‘ – ist eben jener Versuch eines Landes, durch Exportförderung unter gleichzeitiger Importhemmung, eigene Handelsbilanzüberschüsse auf Kosten von Handelsbilanzdefiziten anderer Länder zu machen.

ⁱⁱⁱ So gingen von 2009 auf 2010 genauso viele Vollzeitverhältnisse verloren, wie Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse (inklusive der geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen) von Frauen dazu gekommen sind. Unter Berücksichtigung des Arbeitsvolumens ist es damit zu einem effektiven Beschäftigungsrückgang bei den Frauen gekommen. Im Vergleich zu 2008 ist der Anteil der Frauen, die in einem Normalarbeitsverhältnis (unbefristete Vollzeitstelle) beschäftigt sind, von 54 % auf 51% im Jahr 2010 deutlich gesunken. Damit sind 2010 rund 24.000 Frauen weniger in unbefristeter Vollzeit beschäftigt als noch zwei Jahre davor. Im selben Zeitraum ist die Zahl der atypisch beschäftigten Frauen um 55.000 gestiegen. Teilzeitarbeit über der Geringfügigkeitsgrenze (ab 12 Stunden Arbeitszeit) hat bei allen unselbstständig beschäftigten Frauen einen Anteil von 34%. Weitere 15% der Frauen sind in Form geringfügiger Beschäftigung, Befristung, als freie Dienstnehmerinnen sowie in der Leih- und Zeitarbeit atypisch beschäftigt.

Vgl.: http://www.arbeiterkammer.at/bilder/d165/SWSA_Frauenbeschaeftigung_Feb2012.pdf

^{iv} Deutschland hat mit einer jahresdurchschnittlichen Inflationsrate von 0,8% und damit einer dauerhaften Abweichung von 1,2 Prozentpunkten jährlich seit 1999 mehr gegen das 2%-Ziel verstoßen

als Südeuropa, das mit einer durchschnittlichen Inflation von 2,8% und damit um 0,8 Prozentpunkte abwich.